



Bayerisches Staatsministerium des Innern • 80524 München

Per E-Mail an vertrieb@gefahrshop.de

Herrn
Stefan Berndt
Bergmannstraße 9
31134 Hildesheim

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom E-Mail 03.02.2010	Unser Zeichen IC4-3635-50 Telefon / - Fax 089 2192-2554 / -12272	Bearbeiter Herr Mildner Zimmer 426	München 10.02.2010 E-Mail stmi.polizeiverkehr@polizei.bayern.de
---	---	---	--

**Verfolgung und Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten;
Anfrage der Fa. Berndt Gefahrgutausrüstung zu einer Beanstandung der
Verkehrspolizeiinspektion Deggendorf**

Sehr geehrter Herr Berndt,

vielen Dank für Ihre E-Mail-Nachricht vom 3. Februar 2010. Ihr Schreiben wurde uns vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung über das Bayer. Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie mit der Bitte um Prüfung und Beantwortung zugeleitet. Zu Ihrer Frage können wir Ihnen Folgendes mitteilen:

Nach Absatz 5.3.2.2.1 ADR [„Accord Europeen relativ au transport international des marchandises dangereuses par route“] müssen die orangefarbenen Tafeln eine Grundlinie von 40 cm, eine Höhe von 30 cm und einen schwarzen Rand von 1,5 cm Breite aufweisen. Der Farbton für das Orange ist vorgeschrieben. Die Toleranz für diese Maße beträgt +/- 10 %. Daneben müssen die Tafeln rückstrahlend und witterungsbeständig sein und eine dauerhafte Kennzeichnung gewährleisten.

Die Tafel darf sich bei einer 15-minütigen Feuereinwirkung nicht von der Befestigung lösen.

Wir stimmen Ihnen zu, dass sich eine evtl. Feuerfestigkeit der Warntafel auf die komplette Tafel bezieht und nicht nur auf die auf dem Stahlblech angebrachte Folie. Es ist deshalb zu Kontrollzwecken nicht erforderlich, die orangefarbene Folie von der Blechtafel abzuziehen und deren Feuerbeständigkeit zu prüfen.

Wir haben das Polizeipräsidium Niederbayern entsprechend informiert und gleichzeitig das Polizeipräsidium Niederbayern, das Bayer. Polizeiverwaltungsamt sowie das Bundesamt für Güterverkehr gebeten, diesbezügliche offene Verfahren ggf. gemäß § 47 Abs. 1 Satz 2 OWiG einzustellen und die Betroffenen von der Einstellung zu informieren. Des Weiteren wurde das Polizeipräsidium Niederbayern gebeten, diesbezüglich bei Gericht anhängiger Verfahren die betroffenen Gerichte vom Sachverhalt in Kenntnis zu setzen.

Die Ihnen entstandenen Unannehmlichkeiten bitten wir zu entschuldigen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Els
Ministerialrätin